

DIE SPITZE

Echo der Schuld

Auf der Bestseller-Liste des »Spiegel« stehen unter dem gewagten Begriff »Sachbücher« ganz vorn die Titel »Ich bin dann mal weg« (Platz 1) und »Ich nicht« (Platz 3). In den nächsten Wochen wird in der Liste zwischen »Das Echo der Schuld«, »Liebe dich selbst«, »Älter werden« und »Das Vermächtnis der Wanderhure« ein Buch auftauchen, das mit all diesen Themen auch etwas zu tun hat. Es heißt »Entscheidungen – Mein Leben in der Politik«. Geschrieben ist es von einem Mann, dessen Nachname mit S anfängt und mit öder aufhört. Nein, es ist nicht der, der in der CSU schon mal was sagen darf, obwohl er noch nicht mal 50 ist: Markus Söder, der meint, dass die Gewerkschaften ein Standorthindernis sind. Es ist Gerhard Schröder. Der hat sich in seinem Buch auch mit den Gewerkschaften befasst. Die seien schuld, dass er jetzt nicht mehr Kanzler ist, sondern sein Dasein als Gazprom-Manager und Ringier-Verlagsberater fristen muss. Nur weil sie über seine Politik gemeckert haben, sind der SPD Mitglieder und Wähler in Scharen wegelaufen. Sonst wären alle begeistert von Hartz IV, Rentenkürzungen und Praxisgebühren. So mächtig sind wir Gewerkschafter. Sollten wir jetzt auch gleich die Kanzlerin stürzen? Oder uns erst mal zurücklehnen und das Buch von Listenplatz 20 lesen: »Ich musste immer lachen«?

DGB-AKTIONSTAG

Das war der Start

Am 21. Oktober beteiligten sich mehr als 220 000 Menschen in Berlin, Dortmund, Frankfurt am Main, München und Stuttgart am DGB-Aktionstag für eine andere Politik – mehr als erwartet. IG Metall-Vorsitzender Jürgen Peters war Hauptredner in Dortmund.

? direkt: War es das?

► **Peters:** Das war erst der Start. Jetzt müssen wir einen langen Atem haben. Die Große Koalition täte gut daran, die Signale vom Aktionstag nicht zu überhören. Die Arbeitnehmer haben die einseitigen Belastungen satt. Sie wollen eine Politik, bei der sie und ihre Interessen im Mittelpunkt stehen.

? direkt: **Aber hat die Politik verstanden? CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla kanzelte die Proteste ab und behauptete, der DGB habe keine Konzepte.**

► **Peters:** Wir haben schon der rot-grünen Regierung unsere Alternativen vorgestellt, angefangen von der Steuerpolitik über die Gesundheitspolitik bis zur Rentenfrage. Das machen wir jetzt nicht anders. Wenn sich die CDU jedoch nicht die Mühe macht zuzuhören, weil es unbequem ist, dann kann ich ihr auch nicht helfen.

? direkt: **Schwarz-Rot zieht aber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern weiter das Geld aus der Tasche . . .**

► **Peters:** Damit muss endlich Schluss sein. Die Arbeitnehmer

sind nicht die Dukatenesel der Nation. Wir wollen, dass es wieder gerecht zugeht in diesem Land. Breite Schultern tragen mehr als schmale. Deshalb keine Steuergeschenke mehr an Unternehmer und hohe Einkommensbezieher. Wir müssen umsteuern. Und wir müssen die Politik dazu bringen, andere Wege einzuschlagen.

? direkt: **Die Große Koalition sagt, ihre Politik sei alternativlos.**

► **Peters:** Ich sage, diese Politik ist fantasielos. Jetzt reden einige Politiker von »Unterschichten«. Von mangelndem Aufstiegswillen. Das ist unglaublich. Als hätte diese Politik nicht dazu beigetragen, dass viele Menschen sich in dieser Lage befinden.

? direkt: **Wie wollen der DGB und seine Gewerkschaften das ändern?**

► **Peters:** Wir müssen unseren Einfluss geltend machen. Nicht nur in Berlin, sondern auch in den Wahlkreisen vor Ort. Wir haben am 21. Oktober gesehen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht länger gewillt sind, einer Politik zuzusehen, die sich gegen die Interessen der Beschäftigten und die ihrer Familien richtet. Die bestehende Politik ist sozial ungerecht, weil sie die soziale Schieflage in unserer Gesellschaft nicht korrigiert, sondern weiter verschärft. Und wir müssen deutlicher unsere Alternativen in die Öffentlichkeit bringen.

Inhalt

WEIHNACHTSGELD

Längst nicht selbstverständlich

SEITE 2

FINANZINVESTOREN

Benimmregeln für Raubritter

SEITE 3

GESELLSCHAFT

Unterschichten – gar nicht neu

SEITE 4

IG METALL-KASSE

Alles im Griff

SEITE 5

STICHWORT:

Ressourceneffizienz

SEITE 6

ARBEIT UND RECHT:

Fristloser Rauswurf bei privatem Surfen

SEITE 7

NAMEN UND NOTIZEN

SEITE 8

direkt gefragt:

Für die Beschäftigten in der Metallindustrie ist das so genannte 13. Einkommen tariflich abgesichert. In Krisen wollen Arbeitgeber Kosten senken: direkt fragt:

Bekommt Ihr in diesem Jahr Weihnachtsgeld gezahlt?

»Zurzeit bekommen wir die tariflich vereinbarte Sonderzahlung von 55 Prozent. Bis jetzt ist diese übertarifliche Leistung immer auf den Effektivlohn gezahlt worden. Weil dieser höher ist als das tarifliche Grundentgelt, springt unterm Strich für die Belegschaft etwas mehr raus. Der Betrag wird immer mit dem Novemberentgelt überwiesen.«

Ralf Wilke, VKL-Vorsitzender, Daimler-Chrysler-Werk, Bremen

»Da wir nicht tarifgebunden sind, wurde im Jahr 1994 zwischen der Geschäftsleitung und der Belegschaft im Arbeitsvertrag die Zahlung eines anteiligen 13. Monatsentgelts verbindlich festgeschrieben, und zwar in Höhe von 20 bis 50 Prozent des Entgelts. Seitdem haben Beschäftigte nach bestandener Probezeit einen Anspruch auf die erste zusätzliche Leistung, die sich je nach Betriebszugehörigkeit erhöht. Hier gelten die Stichtage: Ab 6 Monate Betriebszugehörigkeit 20 Prozent, ab 12 Monate 30, ab 24 Monate 40 und ab 36 Monate Beschäftigungsdauer 50 Prozent. Das Geld wird immer zusammen mit der Dezemberabrechnung überwiesen.«

Kerstin Schulzendorf, stellvertretende BR-Vorsitzende, Infineon Technologies, Dresden

»Bei uns wird die tarifliche Sonderzahlung in Höhe von 55 Prozent des Monatsentgelts bezahlt und Ende November überwiesen. Trotz Tarifvertrag ist die Sonderzahlung aber keine Selbstverständlichkeit. Zu allen möglichen Gelegenheiten verkündet das Management, die Kosten für Personal müssten um 20 Prozent gesenkt werden – zum Beispiel über unbezahlte Arbeitszeitverlängerung. Auf so eine Diskussion lässt sich die Arbeitnehmervertretung gar nicht erst ein. Auftragslage und Gewinne steigen mit hohen Zuwachsraten und die Geschäftsleitung fordert auf dem Rücken der Belegschaft immer mehr Zugeständnisse.«

Klaus Hofmann, stellvertretender VK-Leiter, Schaeffler KG, Schweinfurt

»Neben der tariflichen Sonderzahlung von 55 Prozent des Monatsentgelts wird im Dezember der im Tarifabschluss vereinbarte Aufstockungsbetrag von 310 Euro gezahlt. Außerdem praktizieren wir seit 1997 ein Erfolgsbeteiligungsmodell bei Lemken. Beschäftigte, können entweder 30, 40 oder 50 Stunden aus ihrem Gleitzeitkonto, einen Geldbetrag zwischen 300, 600 oder 900 Euro oder auch beides einsetzen. Die eingebrachte Summe wird im Juni vom Zeitkonto oder mit der Zahlung des Weihnachtsgelds im Oktober/November abgezogen. In den vergangenen 8 Jahren belief sich der Durchschnittsfaktor bei einer Beteiligung von 1000 Euro auf etwa 1650 Euro.«

Norbert Schulze, BR-Vorsitzender, Lemken GmbH, Alpen

WEINHACHTSGELD

Keine Selbstverständlichkeit

Krisenzeit ist Kürzungszeit – wenn die Auftragsbücher leer sind, ist das Kürzen oder Streichen von Sonderleistungen in Betrieben immer ein aktuelles Thema. Das Unternehmen will Kosten, aber auch Kündigungen vermeiden. Die Palette reicht vom Weihnachtsgeld bis zum Abo im Fitness-Studio. Das ist aber nur möglich, wenn Arbeitgeber Sonderzahlungen freiwillig erbringen. Die Gründe für einen Widerruf – etwa wirtschaftliche – müssen ausdrücklich genannt werden. Nach Auffassung des Bundesarbeitsgerichts ist ein Widerruf dann zumutbar, wenn der Anteil am Gesamtverdienst unter 25 bis 30 Prozent liegt und die tarifliche oder übliche Vergütung nicht unterschritten wird. Auch bei einem freiwillig gezahlten Weihnachtsgeld dürfen Arbeitgeber bei der Höhe

des Weihnachtsgelds keine Unterschiede machen – etwa zwischen Arbeitern oder Angestellten, mit unterschiedlichen Ausbildungs- und Qualifizierungsniveaus.

Das Bundesarbeitsgericht hat 2005 entschieden, dass der arbeitsrechtliche Gleichbehandlungssatz auch bei freiwilligen Zahlungen beachtet werden muss. Einzelne Mitarbeiter dürfen nicht willkürlich schlechter gestellt werden. Auch darf der Arbeitgeber nicht noch dazu beitragen, Gruppen von begünstigten oder benachteiligten Mitarbeitern zu bilden. In der Metallindustrie ist die Sonderzahlung – in der Regel Weihnachtsgeld oder 13. Einkommen genannt – in Höhe von 20 bis 55 Prozent (je nach Betriebszugehörigkeit) des monatlichen Entgelts tariflich abgesichert.

SCHIFFBAU

Mehr feste Jobs

Mehr feste Stellen auf deutschen Werften fordert die IG Metall Küste. Fast alle Werften sind über Jahre ausgelastet. Seit September 2005 sind zwar 611 Beschäftigte zusätzlich eingestellt worden, angesichts von mehr als 2700 Leiharbeitnehmern sei das aber zu wenig.

Wenn die Leiharbeit und Mehrarbeit in Dauerbeschäftigung umgewandelt würde, könnten im deutschen Schiffbau über 3000 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen, hat die IG Metall errechnet. Auch die Ausbildungsquote müsse auf einigen Werften erheblich höher werden. Sie schwankt zurzeit gerade mal zwischen 2,7 und 15,4 Prozent.

FACHARBEITER

Zeitig vorsorgen

Fachkräftemangel könnte schon bald ein Problem für viele Betriebe werden. Die IG Metall fordert deshalb Monitoring in den Industriebranchen, um zu erfassen, ob ausreichend Fachkräfte an Bord sind. »Statt über den Fachkräftemangel Krokodilstränen zu vergießen, sollten Unternehmen endlich ihre Verantwortung für die ausreichende Qualifizierung von Facharbeitern und Ingenieuren wahrnehmen«, sagte IG Metall-Vorstandsmitglied Regina Görner. Mit dem »Tarifvertrag Qualifizierung« sei in der letzten Tarifrunde ein wichtiges Instrument geschaffen worden, um Qualifizierungsdefiziten in den Unternehmen zu begegnen.

IMPRESSUM

IGM-direkt · Informationsdienst der IG Metall
Herausgeber: Jürgen Peters, Berthold Huber, Bertin Eichler · IG Metall Vorstand, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main
Redaktionsleiter: Werner Hoffmann (verantwortl. i. S. d. P.), Chefin vom Dienst: Susanne Rohmund
Redaktion: Fritz Arndt, Martina Helmerich, Sylvia Koppelberg, Fabienne Melzer, Antonella Pelivan, Gabriele Prein; Gestaltung: Gudrun Wichelhaus, Bildredaktion: Michael Schinke
E-Mail: direkt@igmetall.de
Vertrieb: Reinhold Weißmann, Telefon: 0 69/66 93-22 24, Fax: 0 69/66 93-25 38,
E-Mail: vertrieb@igmetall.de
Anzeigen: Patricia Schledz, Telefon 06151/8127-0, Fax 06151/80 93 98
E-Mail: schledz@zweiplus.de Bezugspreis ist mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten · Druck:
apm AG, Darmstadt
direkt im Internet: www.igmetall.de/direkt
TELEFON DER REDAKTION DIREKT: 069/66 93-2633 · FAX: 0 69/66 93-2002

Europäische Benimmregeln für die Raubritter

IG Metall-Vorstandsmitglied Wolfgang Rhode hat in einem Workshop für Betriebsräte strengere Regelungen für Finanzinvestoren gefordert.

Finanzinvestoren, vor allem aus den USA, gehen in Deutschland gern auf Shopping-Tour. Für 1,45 bis 1,7 Milliarden Euro wechselten zum Beispiel die Maschinenbau-firma Demag, Autoteile Unger und MTU Aero Engines die Besitzer. Bekannt wurde vor allem der Fall Grohe. Beteiligungsgesellschaften und Fonds kontrollierten nach Recherchen des »Handelsblatt« schon **2004 rund 5500 deutsche Unternehmen mit fast 640 000 Beschäftigten**. Von den 30 Dax-Unternehmen haben nur noch 7 mehrheitlich deutsche Anteilseigner.

Günstige Bedingungen für Finanzinvestoren schaffen

► **der Trend von Firmen, sich von Teilen zu trennen**, die nicht zum »Kerngeschäft« gehören und

► **die wachsende Bedeutung von privater Altersvorsorge**. Die Pensionsfonds verwalten riesige Summen, für die sie nach renditeträchtigen Anlagen suchen.

Sind »Finanzinvestoren Retter oder Raubritter«? Diese Frage stand über dem Workshop für Betriebsräte, den die Hans-Böckler-Stiftung am 19. Oktober in Frankfurt am Main veranstaltet hat. Die Antwort lautete: Das hängt von ihren Anlagestrategien ab.

► **Private Equity-Gesellschaften** kaufen Firmen, um sie später mit Gewinn wieder zu verkaufen. Es gibt »Gute« unter ihnen, zum Beispiel die Risikokapital-Fonds (Venture Capital Funds), die Unternehmensgründer und junge Firmen finanzieren. Und solche wie die »Turnaround-Fonds«, die Firmen zerschlagen und dabei oft große Teile der Belegschaften entlassen.

Hungrige Pensionsfonds

► **Hedge-Fonds** (anonyme Kapital-sammelstellen, die auf steigende oder fallende Wechsel- oder Aktienkurse oder Rohstoffpreise spekulieren) betätigen sich – da sie über viel freies Kapital verfügen – auch zunehmend im Private Equity-Geschäft. Ihr Kapital stammt

meist von Versicherungen, Investment- und Pensionsfonds.

In Deutschland gibt es wenig Gesetze, die die Kapitalmärkte regulieren. Und die Bemühungen auf EU-Ebene gehen eher dahin, sie noch weiter zu liberalisieren, wie Alexandra Krieger von der Hans-Böckler-Stiftung im Workshop berichtete. In den Expertengruppen der Kommission sitzen »ausschließlich Lobbyisten der betroffenen Branche«, kritisieren Jürgen Peters und Wolfgang Rhode in einem Brief an die Kommission.

Überschuldung verhindern

Darin stellen sie Forderungen, zum Beispiel:

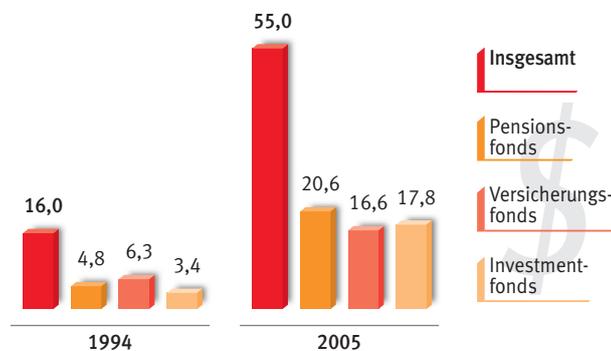
► Der über Kredite finanzierte Anteil des Kaufpreises soll auf 50 Prozent begrenzt werden. Denn oft werden Firmenbeteiligungen zum größten Teil mit Krediten bezahlt, dem Unternehmen dann die Zinsen und Tilgung aufgebürdet. Das raubt ihm Investitionsmittel, führt oft zu überhöhter Verschuldung und gefährdet Arbeitsplätze.

► Veräußerungsgewinne sollen nicht mehr steuerfrei sein. Sie und die Kapitalerträge sollen außerdem in dem Land, in dem sie entstehen, versteuert werden.

► Auch auf Fremdkapitalzinsen sollen Steuern gezahlt werden – um der Überschuldung der Firmen

FONDS LEGEN BILLIARDEN AN

Das weltweite Finanzvermögen der Anlagefonds nach Arten, in Billionen US-Dollar



Quelle: Prof. Dr. Huffschild, Universität Bremen

55 Billionen Dollar weltweit auf der Suche nach renditeträchtigen Anlagen: 48 Prozent dieses Vermögens stammt aus den USA, nur 3 Prozent aus Deutschland.

vorzubeugen, an denen Investoren mit Hilfe von Krediten Beteiligungen erworben haben.

► Hedgefonds, in die unter anderem viel Geld aus Pensionsfonds fließt, sollen verpflichtet werden, über die Risiken für die Anleger aufzuklären und ihre Vermögensstruktur und laufenden Geschäfte offenlegen.

► Die Interessen und Rechte der Beschäftigten sollen in der EU durch einen verbindlichen Verhaltenskodex geschützt werden.

► *Was können Betriebsräte tun? Darum geht es im Workshop »Private Equity« am 22. November in Frankfurt am Main. Dort soll auch ein Netzwerk aufgebaut werden, in dem Betriebsräte und Gewerkschafter Wissen und Erfahrungen austauschen können.*

Extranet

Lohn bei Krankheit erstreikt

Lohnfortzahlung im Krankheitsfall? Das finden wir heute selbstverständlich. Doch diese Errungenschaft wurde erkämpft: Vor genau 50 Jahren, im Oktober 1956, begann in Schleswig-Holstein der längste Arbeitskampf in Deutschland seit 1905: **der Streik um die Lohnfortzahlung bei Krankheit**. Mehr als 34 000 Metallern und Metallerinnen erreichten nach 114 Tagen einen Tarifvertrag, der die Arbeiterinnen und Arbeiter bei Krankheit besser absicherte – die Angestellten waren es schon.

Im Extranet, dem Info-Portal für alle Aktiven der IG Metall, gibt es eine Streik-Historie zum Nachlesen, dazu eine Bildergalerie und Auszüge aus einer Festveranstaltung in diesem Jahr zum Streik-Jubiläum. Außerdem erfährt der Leser, wie Otto Brenner, der damalige Erste Vorsitzende der IG Metall, weit vorausschauend den Konflikt bewertete. Ein interessanter Fundus für all diejenigen, die sich für die Geschichte der IG Metall und ihre Arbeitskämpfe interessieren. Einfach mal reinschauen.

► **Extranet:** Das Extranet bietet einen täglichen Infodienst der IG Metall. Er weist auf Neuigkeiten hin, empfiehlt interessante Presseberichte, präsentiert eine Infografik und stellt neue Entscheidungen aus dem Arbeits- und Sozialrecht vor.

Extranet: extranet.igmetall.de
Erstanmeldung: extranet.igmetall.de/erstanmeldung

Unterschichten – gar nicht neu

Die Medien haben in diesen Tagen ein altes Wort wieder neu entdeckt: die Unterschicht. Nicht alle Politiker hören es gern. Der SPD-Arbeitsminister Franz Müntefering – ebenso wie der CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla – meinen, es gebe gar keine Unterschicht. Zumindest dürfe man sie nicht so benennen.

Die Debatte wurde durch eine Studie der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung losgetreten, die belegt, dass rund 8 Prozent der deutschen Bürger (im Westen 4 Prozent) Angehörige der Unterschicht seien. Andere Studien zählen bis zu 10 Prozent der Bevölkerung dazu, die glauben, »dass es auf sie nicht mehr ankomme«, wie der Soziologe Heinz Bude feststellt. Die Men-

schen fühlten sich vom sozialen Leben zunehmend ausgeschlossen und kaum noch in der Lage, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen.

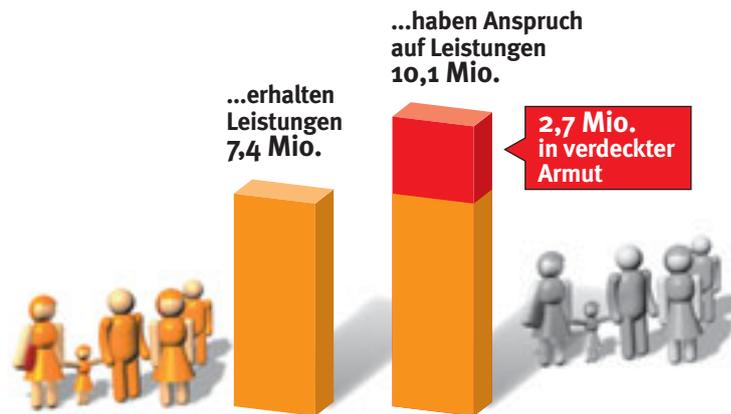
Die IG Metall fordert die Regierung auf, umgehend zu handeln. »Jetzt reden einige in der Politik über Unterschichten – als hätten nicht auch sie dazu beigetragen, dass viele Menschen sich in dieser Lage befinden,« klagte Jürgen Peters auf der Demonstration am 21. Oktober in Dortmund. Statt Milliardengeschenke an die Unternehmen zu geben, solle die Regierung das Geld in Bildung, Kindertagesstätten und öffentliche Infrastruktur investieren. »Wir wollen, dass es wieder gerecht zugeht in unserem Land«, sagte Peters.

Der aktuelle Armutsbericht der Bundesregierung stammt vom April 2005, der nächste wird Mitte 2008 erscheinen.
Im Internet: www.bmas.bund.de
► Soziale Sicherung
► Berichte

Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung ist im Internet zu finden: www.fes.de
► »Gesellschaft im Reformprozess«

VERDECKTE ARMUT WEITER EIN PROBLEM

Nach den Regeln der Hartz-IV-Reformen...



Mehrere Millionen Bedürftige in Deutschland nehmen ihren Anspruch auf staatliche Hilfen nicht wahr, stellt die Hans-Böckler-Stiftung in einer aktuellen Studie fest. Darunter sind knapp 2 Millionen Erwerbstätige, die ihren geringen Verdienst nicht aufstocken lassen, obwohl das möglich wäre. Nur 7,4 von mehr als 10 Millionen Menschen mit Anspruch auf Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe erhalten Hartz-IV-Leistungen.

AUSBILDUNG

► Die Lehrstellenlücke ist in diesem Jahr so groß wie seit 15 Jahren nicht mehr. Das Ergebnis belegt: Die Betriebe nehmen ihre Verpflichtung jungen Menschen gegenüber nicht ernst. Der Ausbildungspakt ist gescheitert, stellen die Gewerkschaften fest. Mehr als 100 000 Jugendliche dürften noch auf der Suche nach einem Ausbil-

dungsplatz sein – etwa die Hälfte von ihnen in so genannten Warteschleifen. Von den Bewerbern dieses Jahres bekamen nur 48 Prozent eine Lehrstelle. IG Metall-Vorstandsmitglied Regina Görner warnte davor, auf Nachvermittlungen zu hoffen: »Auch im vergangenen Jahr wurde von der Wirtschaft zu früh gebuhelt.«

► Im Gespräch

RICHARD HAUSER

Armutsforscher, em. Professor, Uni Frankfurt

? direkt: Warum kommt die Unterschicht-Debatte gerade jetzt auf?

► Hauser: Das ist mir völlig unverständlich. Die Fakten sind seit langem bekannt und in den Armutsberichten nachzulesen. Die Aufregung ist vielleicht zu erklären, weil erstmals deutlich wird, dass es einen harten Kern von Menschen gibt, die nicht aus der Armutsfalle herausfinden und sozusagen eine dauerhafte Unterschicht bilden. Sie sind schlecht ausgebildet und häufig lange Zeit arbeitslos.

? direkt: Ist die »klassenlose Gesellschaft« eine Lebenslüge der Bundesrepublik?

► Hauser: Das mag sein. Aber die Politiker wussten seit mindestens 20 Jahren, dass zunehmend Kinder Empfänger von Sozialhilfe sind. Das hat Auswirkungen auf ihre Ausbildung, Gesundheit und Chancen – aber diese Anzeichen wurden nicht ernst genommen.

? direkt: Was hat die Politik versäumt?

► Hauser: Ihre bisherigen Maßnahmen sind sehr bescheiden. Gegen Langzeitarbeitslosigkeit wurde nicht viel getan. Aber wo keine Arbeitsplätze sind, ist auch nicht viel zu vermitteln. Es fehlt ein Programm öffentlich geförderter Arbeit und ein 3. Arbeitsmarkt mit Chancen für Langzeitarbeitslose.

? direkt: Wird die aktuelle Debatte die Politik beeinflussen?

► Hauser: Ich habe wenig Hoffnung, dass sich etwas ändert. Die 7 Jahre Rot-Grün haben vor allem die unteren Schichten belastet. Hartz IV hat die Standards für etwa 60 Prozent der früheren Arbeitslosenhilfeempfänger gesenkt und nur für 40 Prozent eine Verbesserung gebracht. Das sind vor allem Personen, die ihre Ansprüche nicht geltend gemacht hatten. Jetzt wird in der CDU sogar diskutiert, Leistungen weiter zu kürzen, um die Menschen zur Arbeit anzuhalten. Ich halte das für falsch, ebenso wie das Geschwätz, die Leute wollten nicht arbeiten. Sie wollen, wenn sie die Gelegenheit dazu hätten.

Alles im Griff

Der Jahresabschluss über die Einnahmen und Ausgaben der IG Metall im Jahr 2005 liegt nun vor. Fragen dazu an Bertin Eichler, Hauptkassierer der IG Metall.

► **Wie verkraftet die IG Metall die gesunkenen Beitragseinnahmen?**

Eichler: Wir konnten die Mitgliederentwicklung in den vergangenen Jahren deutlich verbessern und unsere Zahlen stabilisieren. Aber: Wir verlieren immer noch Mitglieder und spüren das natürlich bei unseren Einnahmen, die ja fast vollständig aus den Mitgliedsbeiträgen stammen. Im letzten Jahr hatten wir hier ein Minus von rund 1,5 Millionen Euro. Durch kostenbewusstes Haushalten konnten wir den Jahresfehlbetrag um gut 2 Millionen Euro verringern.

► **Wie steht es um die Finanzkraft?**

Eichler: Wir sind finanziell absolut solide und weiterhin uneingeschränkt jederzeit streik- und kampffähig – auch in Zukunft.

► **Wie geht es weiter?**

Eichler: Wir müssen unsere Mitgliederentwicklung weiter verbessern. Für dieses Jahr haben wir uns 100 000 Neuaufnahmen als Ziel gesetzt. Die bis Ende des Jahres laufende Mitgliederwerbekampagne soll uns dabei unterstützen und weitere Menschen für die IG Metall gewinnen. Wir sind hier auf allen Ebenen aktiv, und unsere Anstrengungen zeigen erste Erfolge.

► **Wie kann die IG Metall ihre Ausgangssituation verbessern?**

Eichler: Weiterhin gilt: Vorstand und Verwaltungsstellen müssen konsequent die Kosten überprüfen, sich auf das Nötige – die politische Arbeit – konzentrieren und den Aufwand für Verwaltung drastisch zurückfahren. Gleichzeitig werden wir weiterhin in die Zukunft investieren. Strategische Projekte und Zukunftsaufgaben werden aus dem Vermögen der IG Metall zusätzlich finanziert: Für eine starke und politisch handlungsfähige IG Metall – auch in der Fläche. Unsere Durchsetzungsfähigkeit hängt aber entscheidend davon ab, wie viele Kolleginnen und Kollegen hinter unserer IG Metall stehen. Die Mitgliederfrage hat deshalb oberste Priorität.

IG Metall-Hauptkasse

AUFWANDS- UND ERTRAGSRECHNUNG

jeweils vom 1. Januar bis 31. Dezember.

	2004	2005	Veränderung
EINNAHMEN	- in Euro -	- in Euro -	- in Euro -
Beiträge	426.478.683,03	424.984.399,80	-1.494.283,23
Zinsen und ähnliche Erträge	623.781,04	896.981,19	273.200,15
Sonstige Erträge	7.779.249,25	6.664.986,87	-1.114.262,38
Summe	434.881.713,32	432.546.367,86	-2.335.345,46
AUSGABEN	- in Euro -	- in Euro -	- in Euro -
Ortskassen			
- Anteile	138.758.767,38	138.320.349,45	-438.417,93
- Zuschüsse	11.255.187,15	13.214.595,31	1.959.408,16
Summe	150.013.954,53	151.534.944,76	1.520.990,23
Unterstützungsleistungen			
- Streik, Aussperrung u. Streiknebenkosten	436.208,93	202.650,19	-233.558,74
- Maßregelung	11.220,00	10.699,00	-521,00
- Rentner	10.143.711,53	8.939.758,26	-1.203.953,27
- Sterbefälle	10.631.405,95	10.762.325,13	130.919,18
- a o. Notfälle	173.485,95	158.748,93	-14.737,02
- Rechtsschutz	1.025.412,03	1.122.062,85	96.650,82
- Freizeit-Unfallversicherung	4.999.156,82	4.817.903,49	-181.253,33
Summe	27.420.601,21	26.014.147,85	-1.406.453,36
Rückstellungen für Leistungen nach der Satzung	63.971.802,45	63.747.659,97	-224.142,48
Beiträge an Organisationen			
- DGB	52.674.775,46	52.456.327,06	-218.448,40
- IMB	1.397.002,79	1.433.224,76	36.221,97
- EMB	680.000,00	765.000,00	85.000,00
- ITBLAV	158.420,31	175.000,00	16.579,69
- EFBH/IBBH	173.858,80	159.209,11	-14.649,69
Summe	55.084.057,36	54.988.760,93	-95.296,43
Gewerkschaftliche Aufgaben			
- Zuschüsse an Bildungsstätten	17.991.125,03	19.073.302,79	1.082.177,76
- Seminarkosten	10.326.736,83	10.196.494,02	-130.242,81
- Bücher für Seminarteilnehmer	69.228,49	72.627,15	3.398,66
- Reisekosten	9.336.964,60	8.281.993,70	-1.054.970,90
- Informationsmaterial	844.486,23	810.062,48	-34.423,75
- Druckkosten	8.117.936,41	7.329.918,87	-788.017,54
- Versandkosten METALL u.a	5.745.721,05	5.184.038,10	-561.682,95
- Sonstige Umlagen, Mitgliedschaften	860.356,95	866.858,18	6.501,23
- Jubiläumsgabe	38.377,09	0,00	-38.377,09
- Agitationskosten	3.399.590,04	2.090.517,84	-1.309.072,20
Summe	56.730.522,72	53.905.813,13	-2.824.709,59
Verwaltungskosten			
- Personalkosten	73.435.693,77	74.574.290,25	1.138.596,48
- Fremde Dienstleistungen	2.960.806,35	2.591.806,15	-369.000,20
- Honorare, Beratungskosten	9.475.139,85	8.848.202,09	-626.937,76
- Steuern, Abgaben, Versicherungen	556.685,70	423.496,33	-133.189,37
- DV-, Büro-, Haushaltsmaterial	719.760,60	1.008.865,76	289.105,16
- Energiekosten	1.033.799,10	774.019,06	-259.780,04
- Reparaturkosten	2.038.760,47	1.543.425,00	-495.335,47
- Mieten	8.649.869,13	10.181.051,56	1.531.182,43
- Postgebühren u.a.	3.159.034,32	3.644.405,38	485.371,06
- Sonstige Verwaltungskosten	5.304.445,40	5.784.607,39	480.161,99
- Abschreibung auf Anlagevermögen	4.826.687,68	4.855.181,71	28.494,03
Summe	112.160.682,37	114.229.350,68	2.068.668,31
Gesamtsumme der Ausgaben	465.381.620,64	464.420.677,32	-960.943,32
JAHRESERGEBNIS	- in Euro -	- in Euro -	- in Euro -
Einnahmen	434.881.713,32	432.546.367,86	-2.335.345,46
Ausgaben	465.381.620,64	464.420.677,32	-960.943,32
Finanzierung aus Vermögen	12.850.719,71	16.404.564,77	3.553.845,06
Ergebnis Hauptkasse nach Rückstellungen	-17.649.187,61	-15.469.744,69	2.179.442,92

Der Rohstoff- und Energieverbrauch der Industrie verursacht hohe Kosten, die viele Betriebe jahrelang ignoriert haben. So stieg die Materialproduktivität in Deutsch-

Aber auch die Auswirkungen auf die Umwelt sind relevant. Dass der Verbrauch fossiler Energieträger wie Erdöl oder Kohle klimaverändernd wirken, ist inzwischen belegt. Nach Berechnungen der Internationalen Energieagentur (IEA) führt der bis 2030 prognostizierte Anstieg von CO₂-Emissionen zu einem Temperaturanstieg von 0,5 bis 2 Grad Celsius. Die Kosten der nachfolgenden Umweltkatastrophen gehen auch zulasten der Betriebe – beispielsweise über die Prämien der Rückversicherer.

Gerade angesichts steigender Rohstoffpreise liegt in einem sparsameren Rohstoffverbrauch aber auch eine Chance. Denn die Rohstoff- und Energiekosten nehmen mit einem Anteil von rund 50 Prozent den höchsten Anteil bei den Gesamtkosten ein. Ein effizienterer Umgang mit diesen Ressourcen könnte Betrieben in den nächsten Jahrzehnten entscheidende Wettbewerbsvorteile verschaffen.

Modellrechnungen für Deutschland zeigen, dass sich die Material- und Ressourceneffizienz der Wirtschaft schon kurzfristig um

20 Prozent steigern lässt. In der Metallindustrie könnten jährlich bis zu 1,5 Milliarden Euro Materialkosten eingespart werden, in der Elektroindustrie sogar bis zu 3,5 Milliarden Euro. Gleichzeitig, zeigen Berechnungen wissenschaftlicher Institute, könnten dabei rund 760 000 neue Arbeitsplätze entstehen. Die eingesparten Gelder für überflüssige Rohstoffe können nämlich in innovativere Produkte gesteckt werden und neue Geschäftsfelder eröffnen.

Aus diesem Grund haben IG Metall und Bundesumweltministerium jetzt ein 10-Punkte-Papier vorgestellt, das die Ressourceneffektivität in Deutschland fördern soll. Die Bundesregierung hat sich darin zum Ziel gesetzt, die Energie- und Rohstoffproduktivität bis 2020 zu verdoppeln.

Ob sich dieses Ziel ohne staatliche Förderprogramme verwirklichen lässt, ist zumindest fraglich. Die IG Metall fordert daher steuerliche Anreizprogramme, die an umweltbezogenen Kriterien ausgerichtet sind. Parallel dazu sind Gelder für Forschungsförderungen angezeigt.

land seit 1960 durchschnittlich gerade mal um 100 und die Energieproduktivität nur um 50 Prozent. Dagegen hat sich die Arbeitsproduktivität im gleichen Zeitraum fast vervierfacht.

Absolut geben die Betriebe der 5 wichtigsten Branchen allein für die benötigten Rohstoffe jährlich rund 60 Milliarden Euro aus. Angesichts knapper Rohstoff- und Erdölvorräte wird diese Summe künftig noch ansteigen.

»Der Zugang zu den Energieressourcen dieser Welt ist inzwischen selbstverständlicher Bestandteil geostrategischer Militärplanungen«, warnten unlängst die »Wirtschaftspolitischen Informationen« der IG Metall, und: »Ein nachhaltiges Energieversorgungssystem kann einen Beitrag für eine friedliche Entwicklung leisten«.

...Ressourceneffizienz

Weitere Informationen zum Thema erhalten die »Wirtschaftspolitischen Informationen« Nr. 5/2006 der IG Metall. Titel: »Innovationen und neue Technologien für Energie und Klima«.

Bezug über den IG Metall Vorstand, Wirtschaft, Technologie, Umwelt, Telefon 069/6693 23 65 online: www.igmetall.download

WIRTSCHAFT

Europäische Nachbarn und USA besser

»Derzeit alles andere als ein Paradies für Arbeitnehmer« – zu diesem Ergebnis über Deutschland kommt das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in seiner jüngsten Konjunkturanalyse. Darin werden wichtige wirtschaftliche Daten mit denen der europäischen Handelspartner, der USA und Japans verglichen. Als Basisjahr wählten die Forscher 1999, das Startjahr der Europäischen Währungsunion.

Das Wirtschaftswachstum war in einigen Ländern weit höher als in Deutschland. In der Eurozone stieg das Bruttoinlandsprodukt um über 10 Prozent, in Großbritannien um rund 18 und in den USA, dem Spitzenreiter, sogar um rund 19 Prozent. In Deutschland dagegen blieb es wegen der schwachen Inlandsnachfrage unter 10 Prozent.

In vielen anderen Ländern sind die Einkommen seit 1999 stärker gestiegen als in Deutschland. Die »realen« Einkommen, also Nettoeinkommen unter Berücksichtigung des Preisanstiegs, kletterten in Frankreich zwischen 1999 und 2006 um rund 10 Prozent, in Großbritannien um 15, in Deutschland jedoch nur um rund 5 Prozent.

Der Ländervergleich zeigt, dass es keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen (niedrigen) Arbeitskosten und Beschäftigungsgrad beziehungsweise Arbeitslosigkeit gibt. In Deutschland entwickelten sich nicht nur die Einkommen schwach, sondern auch die Beschäftigung, während in den USA und Großbritannien hohe Einkommenszuwächse mit hohen Beschäftigungszuwächsen einhergingen.

BR-WAHLEN

Stabile Werte

Die Betriebsratswahlen 2006 sind seit Ende Mai abgeschlossen – jetzt liegen die Endergebnisse vor. Die Wahlbeteiligung ist im Vergleich zu den Wahlen vor 4 Jahren leicht gestiegen: Sie lag bei 72 Prozent (2002: 71,8 Prozent).

»Vor dem Hintergrund der seit Jahren stark zurückgehenden Beteiligung an Kommunal- und Landtagswahlen ist das eine sehr erfreuliche Entwicklung,« sagt Thomas Klebe, Leiter des Funktionsbereichs Betriebspolitik bei der IG Metall. Nach wie vor gehören 3 von 4 Betriebsräten der IG Metall an – der Organisationsgrad liegt wie vor 4 Jahren bei 73 Prozent.

Mit rund 11 000 Betrieben ist auch die Zahl der Unternehmen, in denen gewählt wurde, stabil geblieben.

BEHINDERUNG

Diskriminierungsschutz nicht bei Krankheit

Eine Kündigung wegen Krankheit fällt nicht unter den Schutz vor Diskriminierung nach der EG-Richtlinie 2000/78. Diese Richtlinie gilt nur, wenn eine Behinderung der Entlassungsgrund war, obwohl der Betroffene für die wesentlichen Aufgaben an seinem konkreten Arbeitsplatz kompetent und verfügbar war. Der Arbeitgeber muss Maßnahmen treffen, um es Menschen mit Behinderung zu ermöglichen, ihren Beruf auszuüben und aufzusteigen. Es sei denn, die Maßnahmen würden ihn unverhältnismäßig belasten.

EuGH vom 17. Juli 2006 – C-13/05

ÄNDERUNGSKÜNDIGUNG

Reorganisation muss Änderung erzwingen

Spricht ein Arbeitgeber einem ordentlich nicht kündbaren Arbeitnehmer eine außerordentliche Änderungskündigung aus und begründet das mit einer Reorganisation des Unternehmens, ist die Kündigung nur unter bestimmten Bedingungen wirksam: Das neue unternehmerische Konzept muss die Änderung tatsächlich erzwingen. Ist es dagegen im Wesentlichen auch ohne oder mit weniger einschneidenden Änderungen des Arbeitsvertrags durchsetzbar, ist die Änderungskündigung unwirksam.

BAG vom 2. März 2006 – 2 AZR 64/05

BETRIEBSÜBERGANG

Sachmittel müssen nicht mit übergehen

Für die Frage, ob ein Betriebsübergang mit den Folgen des § 613 a BGB vorliegt, ist es unerheblich, ob der Betriebsübernehmer Eigentümer der wichtigsten sachlichen Betriebsmittel wird. Die Betriebsmittel sind ihm auch dann zuzurechnen, wenn sie aufgrund einer mit Dritten getroffenen Nutzungsvereinbarung eingesetzt werden können.

BAG vom 2. März 2006 – 8 AZR 147/05

INTERNET

Fristloser Rauswurf nach privatem Surfen

Wenn es verboten ist, während der Arbeitszeit in erheblichem Umfang privat im Internet zu surfen und ein Arbeitnehmer verstößt dagegen, rechtfertigt das in der Regel eine fristlose Kündigung – auch ohne vorherige Abmahnung. Das gilt für das Herunterladen großer Mengen von Daten auf betriebliche Datensysteme. Vor allem dann, wenn die Gefahr einer Vireninfiltration besteht. Oder wenn der Ruf des Arbeitgebers geschädigt werden kann, weil strafbares oder pornographisches Material heruntergeladen wird.

Wer das Internet während der Arbeitszeit privat nutzt, verletzt außerdem die Pflicht zur Arbeit. Dabei ist es nicht entscheidend, ob dem Arbeitgeber durch das private Surfen auch zusätzliche Kosten entstehen. Ein wichtiger Grund zur fristlosen Kündigung besteht dann, wenn dem Arbeitgeber nicht zugemutet werden kann, die Frist für eine ordentliche Kündigung einzuhalten.

BAG vom 27. April 2006 – 2 AZR 386/05

SCHWERBEHINDERUNG

Anspruch auf angemessene Arbeit

Schwerbehinderte Menschen haben gegenüber ihrem Arbeitgeber Anspruch auf eine Arbeit, bei der sie ihre Fähigkeiten und Kenntnisse möglichst voll verwerten und weiterentwickeln können (nach § 81 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 SGB IX). Kann ein Schwerbehinderter seine arbeitsvertraglich vereinbarte Arbeit wegen einer Behinderung nicht mehr leisten, kann er Anspruch auf eine andere Beschäftigung haben.

Soweit der bisherige Arbeitsvertrag diese Beschäftigungsmöglichkeit nicht abdeckt, hat er Anspruch auf eine Vertragsänderung. Allerdings kann er keine Änderungen verlangen, die dem Arbeitgeber unzumutbare Aufwendungen oder Vorkehrungen verursachen würden.

BAG vom 14. März 2006 – 9 AZR 411/05

BETRIEBSRATSARBEIT

Logistik kann Thema für Schulung sein

Wissenschaftliche Erkenntnisse über die menschengerechte Gestaltung der Arbeit und zur Beschäftigungssicherung können Kenntnisse vermitteln, die für die Betriebsratsarbeit erforderlich sind (im Sinne des § 37 Abs. 6 BetrVG). Ein konkreter Anlass für eine Schulung kann sein, wenn der Arbeitgeber eine Analyse des Logistikprozesses in Auftrag gab.

Eine Schulung ist auch erforderlich, wenn der Betriebsrat Vorschläge zur Beschäftigungsförderung und -sicherung (§ 92 a BetrVG) oder Anregungen machen will, die dem Betrieb und der Belegschaft zugute kommen (nach § 80 Abs. 1 BetrVG). *LAG Hamm vom 31. Mai 2006 – 10 TaBV 202/05*

ENTGELT

Kleine Gruppe – keine Gleichbehandlung

Ist bei einer sachlich nicht gerechtfertigten Gruppenbildung die Zahl der Begünstigten im Verhältnis zu allen betroffenen Arbeitnehmern sehr gering, kann ein nicht begünstigter Arbeitnehmer keinen Anspruch aus dem Gleichbehandlungsgrundsatz herleiten. Das gilt, wenn weniger als 5 Prozent der Arbeitnehmer besser gestellt sind. Dieser Grundsatz betrifft nicht nur freiwillige Zusatzleistungen des Arbeitgebers, sondern auch die vereinbarte Vergütung.

BAG vom 14. Juni 2006 – 5 AZR 584/05

BETRIEBSRENTE

Spätehe-Klauseln sind zulässig

Es ist zulässig, Ansprüche auf eine Witwenrente daran zu knüpfen, dass die Ehe mindestens 10 Jahre bestanden haben muss, wenn sie nach dem 50. Lebensjahr des verstorbenen Ehemanns geschlossen wurde. Es handelt sich nach Auffassung des BAG um eine sachlich gerechtfertigte Risikobegrenzung.

BAG vom 28. Juli 2005 – 3 AZR 457/04

► **Broschüre:** *Durch die Arbeitsmarktreformen hat sich einiges im Kündigungsschutzrecht geändert. Darüber informiert ein neuer Basiskommentar: Bertram Zwanziger, Silke Altmann, Heike Schneppendahl: Kündigungsschutzgesetz. Bund-Verlag, 29,90 Euro.*

TERMINE

11. bis 15. Dezember
»Information bringt Nutzen« ist der Titel eines IG Metall-Seminars für Betriebsräte, die ihre Öffentlichkeitsarbeit verbessern wollen. Es geht um Grundlagen der Information (von wem? für wen?) und praktisches Arbeiten mit Schrift und Textgestaltung in Betriebszeitschriften, Flugblättern und auf Plakaten. Seminarnummer: SX5006 (Freistellung nach § 37 BetrVG möglich).

ÄNDERUNG

Forum fällt aus:
Das »Gewerkschafts- und gesellschaftspolitische Forum« der IG Metall über Gewerkschaften und Medien, geplant für 24. und 25. Oktober in Berlin (siehe **direkt** 18), fällt wegen Terminproblemen wichtiger Referenten aus. Der neue Termin (im nächsten Jahr) wird rechtzeitig bekannt gegeben.

GESUCHT

► Die **Hans-Böckler-Stiftung (HBS)** betreibt als gemeinnützige Einrichtung das Archiv »Betriebliche Vereinbarungen«, mit dem es die Arbeit von Betriebsräten und Vertrauensleuten unterstützen will. Dieses Jahr sucht die Stiftung Betriebs- und Dienstvereinbarungen zu: betrieblicher Beschäftigungsförderung und -sicherung, Arbeitsmöglichkeiten von Betriebsräten, leistungs- und erfolgsorientiertes Entgelt und Personalbeurteilungen. Zusendungen werden vertraulich behandelt und anonymisiert ausgewertet. Wer eine Vereinbarung beisteuert, erhält nach der Auswertung kostenlos das Buch mit CD-ROM.

► Hans-Böckler-Stiftung, Archiv Betriebliche Vereinbarungen, Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 0211/7778-288/167.

INTERNET

► **www.oeko-works.de** ist die neue Internetadresse des gewerkschaftlichen Fachinformationsdienstes für betrieblichen Umweltschutz. Dort gibt es – praxisnah und verständlich – neue Informationen zu Themen wie Emissionshandel, Energieeffizienz, Klimaschutz. Außerdem: Betriebsvereinbarungen, Literaturhinweise, Links und vieles mehr.

ZITATE

»Sehr gut gemeint, aber kein Politiker liest sie.«

Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) über die Frühjahrs- und Herbstgutachten, die 6 Wirtschaftsinstitute alljährlich im Auftrag der Bundesregierung schreiben

»Wenn Beck den marktradikalen Weg von Schröder fortführt, befürchte ich, dass sich in der CDU die Einfaltspinsel vermehren, die noch weiter weg von der Mitte neoliberal nach rechts rücken und zum Beispiel Hartz IV weiter verschärfen.«

Heiner Geißler (CDU) über den SPD-Vorsitzenden Kurt Beck

MATERIAL

► Die neue Ausgabe des IG Metall-Brancheninfos »**Windkraft extra**« widmet sich vor allem der Ausbildung in der jungen, boomenden Branche. Die Broschüre ist über die Verwaltungsstellen erhältlich (Produktnummer: 6446-13730) oder kann im Extranet heruntergeladen werden: ► **www.extranet.igmetall.de** ► Branchen ► Energie ► Windenergie.

► Die Broschüre »**Der AEG-Streik in Nürnberg**« des IG Metall-Betriebsbezirks Bayern dokumentiert den Arbeitskampf für einen Sozialtarifvertrag, mit dem die Belegschaft eine Abfindung erstreikt hat, deren Höhe bis heute einmalig ist. In der Broschüre sind Ablauf, Höhepunkte und Ergebnisse des Streiks zusammengefasst. Zu beziehen über die IG Metall, Am Kornmarkt 5-7, 90402 Nürnberg, Telefon 0911/2333-0, Fax: -35, E-Mail: nuernberg@igmetall.de

Anzeige

Einladung

In 4 Tagen fit für neue Aufgaben des Betriebsrats

UMWELTINSTITUT OFFENBACH

Akademie für Arbeitssicherheit und Umweltschutz
Frankfurter Straße 48, 63065 Offenbach am Main
Tel.: (069) 81 06 79, mail@umweltinstitut.de
www.umweltinstitut.de

Viertägiges Grundlagenseminar

Werkzeugkoffer Arbeitssicherheit und betrieblicher Umweltschutz

Sicherheit im Unternehmen

- ein wichtiges Handlungsfeld für den Betriebsrat

Termine: 20.-23.11.06, 5.-8.2.07, 2.-5.4.07, 9.-12.7.07, 19.-22.11.07

Arbeits- und Gesundheitsschutz ist eine der wesentlichen Aufgaben der Mitarbeitervertreter. Gerade für neugewählte Betriebsräte ist dieser Bereich sehr unübersichtlich. Das Seminar verschafft Ihnen einen fundierten Überblick. Sie erwerben damit die für Ihre Arbeit notwendigen Grundlagen.

Das Seminar ist erforderlich nach § 37 Abs. 6 BetrVG.

Die Nr. 1 im Fortbildungsbereich

Fordern Sie das Seminarprogramm an oder besuchen Sie uns auf unserer Homepage.

► »Weitergehen! Zwei Schritte vor. Keinen zurück.« Auf dieses Motto hat sich der DGB-Bundesfrauenausschuss für den **Internationalen Frauentag 2007** verständigt. Die IG Metall bietet Handzettel und Plakate mit dem Motto an. Bestellen: beim Funktionsbereich Frauen und Gleichstellungspolitik in Frankfurt am Main oder über die Verwaltungsstelle. Weitere Infos unter Telefon: 069/66932089.

► Daten, Tabellen, Grafiken und Analysen bietet der **Report 2006** aus dem Funktionsbereich Wirtschaft, Technologie, Umwelt. Er beschreibt die Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft, den Branchen Metall, Textil und Holz und der Weltwirtschaft. Herunterladen unter <http://extranet.igmetall.de>
► Themen ► Wirtschaft